

Vier Emails von Dietrich Schulze infolge des ersten Emails namens des AAKA mit der Forderung, die Resolution von 2006 dadurch zu bekräftigen, indem ein ähnliches gemeinsames Signal an die Karlsruher Öffentlichkeit gerichtet wird.

Am 11. Mai 2015 ging ein ermutigendes Email der GRÜNEN Fraktion an Dr. Schulze und Dieter Bürk (DGB) mit der Mitteilung, dass unter TOP 1 der [Gemeinderatssitzung am 19. Mai](#) die Verabschiedung einer Resolution "Karlsruhe - Stadt der Vielfalt" steht. Es sei damit zu rechnen, dass der Textentwurf der Resolution in den nächsten Tagen publiziert werde.

**Nachfolgend die vier Emails chronologisch rückwärts.
Angehängt als Seite 4 die AAKA-Erklärung und das BNN-Interview mit Iris Berben.**

Von: Dietrich Schulze [mailto:dietrich.schulze@gmx.de]

Gesendet: Montag, 11. Mai 2015 01:55

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: Diebstahl AW: Iris Berben AW: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeineräte/Fraktionen IV

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

dies ist mein vierter Anlauf seit dem ersten vor 6 ½ Wochen. Zur weiteren Begründung der Notwendigkeit der vielfach begründeten öffentlichen Gemeinderats-Erklärung möchte ich unter Bezug auf die [Befreiungsreihe](#) an die Presse-Mitteilung [„Gedenken an die Opfer einer kriegs-verbrecherischen Wehrmachtseinheit geschändet – historische Erkenntnis lässt sich weder durch Beschweigen noch durch rechtsextremistischen Diebstahl verhindern“](#) anknüpfen.

Der Vorfall ist ein weiterer Beleg für die angewachsenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Militaristen, Rassisten und Neonazis in Karlsruhe. Möge Ihnen diese PM sowie eine [Erklärung aus der Befreiungsfeier](#) weiteren Auftrieb dafür geben, die zugesagte öffentliche Gemeinderats-Erklärung gegen die Pegida-Aufmärsche nunmehr am 19. Mai 2015 zu verwirklichen:

"Wir unterstützen alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt, auch bekannt als Residenz des Rechts, zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Und die dazu beitragen, den Willen der Bürger/innen unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen: IN KARLSRUHE SIND RASSISTEN, SIND NEONAZIS UNERWÜNSCHT."

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [mailto:dietrich.schulze@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 22. April 2015 21:21

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: Iris Berben AW: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeineräte/Fraktionen III

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, hat der Oberbürgermeister im Disput mit den Gästen des Netzwerktreffens am 15. April zugesagt, dass er sich um die erbetene öffentliche Erklärung gegen die Pegida-Aufmärsche zusammen mit dem Gemeinderat bemühen werde. Der Tagesordnung der nächsten Sitzung am 28. April ist zu entnehmen, dass die Bemühungen für einen Beschluss noch nicht weit genug gediehen scheinen. Vor der übernächsten Sitzung am 19. Mai soll es am 12. Mai bereits einen weiteren Aufmarsch geben.

Sie haben sicherlich das Interview in der heutigen BNN mit Iris Berben gelesen (Anlage). Mögen Sie bitten diese überzeugende Stimme gegen Ausgrenzung; Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Ermutigung dafür nehmen, den Beschluss – wenn nicht am 28. April als Initiativantrag – so ordentlich am 19. Mai zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [<mailto:dietrich.schulze@gmx.de>]

Gesendet: Samstag, 11. April 2015 14:34

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: HoGeSa 19. April AW: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

Wichtigkeit: Hoch

An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeineräte/Fraktionen II

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Karlsruhe hat sich innerhalb von 2 Monaten zu einem attraktiven Aufmarschgebiet für Rassisten und Neonazis aller Couleur entwickelt.

Der Stadt müsste bekannt sein, dass die gewaltbereite Hooligan-Szene, die durch die Teilnahme an den wohl behüteten Pegida-Aufmärschen Mut bekommen hat, als HoGeSa am Sonntag, den 19. April, auf dem Hauptbahnhof einen Aufmarsch angemeldet hat. Das kann aus einem gestrigen Bericht in [„blick nach rechts“](#) entnommen werden.

Bevor ich auf Konsequenzen daraus eingehe, möchte ich Ihnen allen den Sachstand zum übermittelten AAKA-Appell (Anlage) mitteilen. Am gleichen Abend hatte das „Netzwerk gegen Rechts“ beschlossen, einen ähnlichen Appell an Sie zu richten. Am 2. April hatte sich der [DGB-Stadtverband](#) im Sinne des AAKA-Appells an Sie gewandt. Am 7. April teilte mir die SPD-Stadtratsfraktion mit „Die SPD-Fraktion steht Ihrem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber. Wir werden das Gespräch mit den anderen Fraktionen und Herrn Dr. Mentrup suchen.“

Als besorgter Bürger fordere ich, dass der von Rechts organisierten Eskalationsstufe mit dem Aufmarsch am 19. April eine eindeutige Antwort vonseiten der Stadt gegeben werden muss.

Dieser Aufmarsch kann sehr wohl verboten werden, wenn in der Verbotsbegründung die hinlänglich bekannte Gewaltbereitschaft und Demokratiefeindlichkeit der HoGeSa-Szene in den Mittel-

punkt gestellt wird und nicht wie in der gescheiterten Verbotsbegründung für den Nazi-Aufmarsch am 25. Mai 2013 auf die Abwendung von Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten.

Das wäre auch ein Signal an alle Bürgerinnen und Bürger, dass sich eine wehrhafte Demokratie nicht hinter einer angeblichen demokratischen Versammlungsfreiheit für die Gegner der Demokratie zu verstecken braucht. Das wäre ein Signal dafür, dass OB und Gemeineräte/Fraktionen nun endlich Zeichen setzen wollen.

Einem Stadtoberhaupt, der laut heutigem BNN-Bericht die Zaungastrolche verlassen hat und die Pegida-Aufmärsche endlich als willkommenes Sammelbecken für Neonazis aller Schattierungen begriffen hat, würde es gut anstehen, die Initiative zu ergreifen, alle Rechtsmittel gegen die Aufmärsche zu ergreifen und in Anknüpfung an den Appel seines CDU-Vorgängers von 2006 öffentlich zu erklären:

"Wir unterstützen alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt, auch bekannt als Residenz des Rechts, zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Und die dazu beitragen, den Willen der Bürger/innen unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen: IN KARLSRUHE SIND RASSISTEN, SIND NEONAZIS UNERWÜNSCHT."


Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dietrich Schulze

Von: Dietrich Schulze [<mailto:dietrich.schulze@gmx.de>]

Gesendet: Donnerstag, 26. März 2015 14:40

An: 'dez1@karlsruhe.de'; 'cdu@fraktion.karlsruhe.de'; 'spd@fraktion.karlsruhe.de'; 'gruene@fraktion.karlsruhe.de'; 'fraktion@kult-fraktion.de'; 'fdp-fraktion@karlsruhe.de'; 'dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'gfk@gemeinderat.karlsruhe.de'; 'freiewaehler@gemeinderat.karlsruhe.de'

Betreff: AAKA bittet um öffentliches Signal gegen Pegida

Anlagen:  AAKA Erklärung_240315.pdf (144 KB) (Seite 4)

An OB Dr. Mentrup und Karlsruher Gemeineräte/Fraktionen I

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

das Antifaschistische Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA) hat sich am Dienstag mit interessanten historischen Hintergründen des Rassismus und Rechtsextremismus in Karlsruhe befasst und überreicht Ihnen die beigelegte Erklärung im Sinne eines Appells an die gewählte Repräsentanten unserer Stadt, die früheren Resolutionen dadurch zu bekräftigen, indem Sie ein ähnliches gemeinsames Signal an die Karlsruher Öffentlichkeit richten.

Wir wären Ihnen allen sehr dankbar dafür. Da wegen der Öffentlichkeitswirkung wohl ein Gemeinderatsbeschluss angebracht ist, der einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf benötigt, wären wir Ihnen verbunden, wenn Sie uns Ihre Zwischenauskünfte geben könnten.

Im Namen des AAKA

Dr. Dietrich Schulze

Appell an Oberbürgermeister Dr. Mentrup und die Gemeinderatsfraktionen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Ihnen angesichts der rassistischen und von Neonazis unterstützten Pegida-Aufmärsche die Resolutionen des Gemeinderats aus den Jahren 2000 und 2006 in Erinnerung rufen. Der 2006 einstimmig unterstützte Aufruf schließt mit den Worten:

"Wir unterstützen alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt, auch bekannt als Residenz des Rechts, zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Und die dazu beitragen, den Willen der Bürger/innen unserer Stadt zum Ausdruck zu bringen: IN KARLSRUHE SIND RASSISTEN, SIND NEO-NAZIS UNERWÜNSCHT."

Näheres entnehmen Sie bitte dem [Offenen Brief der Gemeinderatsfraktion B'90 DIE GRÜNEN](#) an OB Heinz Fenrich vom 15. Mai 2007. In ähnlichem Sinne wurde Ende 2007 eine breit unterstützte [Karlsruher Erklärung „Für Demokratie und Weltoffenheit“](#) veröffentlicht.

Das AAKA hat sich letzte Woche in zwei Presse-Mitteilungen (1) und (2) mit der entstandenen Situation auseinander gesetzt. Wir haben darin an die Verhinderung des am 25. Mai 2013 geplanten Naziaufmarschs durch eine beeindruckendes öffentliches Bündnis zusammen mit der Stadt erinnert und unsere zweite Erklärung mit den Worten beendet: „Wir wollen in Karlsruhe ein friedliches und lautes Signal für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge senden und lehnen jede Form von Gewalt ab.“

Genau in diesem Sinne appellieren wir an Sie als gewählte Repräsentanten unserer Stadt, die früheren Resolutionen dadurch zu bekräftigen, indem Sie ein ähnliches Signal an die Karlsruher Öffentlichkeit richten.

„Diese Debatten erschrecken mich“

Iris Berben ist wütend über tief verankerte Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit in der gesellschaftlichen Mitte

Rust. Die Schauspielerin Iris Berben hat den Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie den Einsatz für eine Aussöhnung mit Israel zu Lebensthemen gemacht. Für dieses Engagement erhält sie an diesem Freitag einen Radio Regenbogen Award als „Medienfrau des Jahres“. Mit Iris Berben sprach Jürgen Ruf.

Pegida, Ausländerhass, Streit um Flüchtlinge: Wie erleben Sie derzeit das gesellschaftliche Klima in Deutschland?

Berben: Es macht mich wütend. Ich setze mich seit vier Jahrzehnten ein gegen Ausgrenzung, gegen Antisemitismus und gegen Fremdenfeindlichkeit sowie für das Erinnern unserer Geschichte als moralische Verpflichtung, die wir haben. Die Debatten, die wir jetzt erleben in Deutschland, erschrecken mich.

Aus welchem Grund?

Berben: Sie zeigen, dass es nicht um die sogenannten Ewiggestrigen geht. Es gibt eine starke Strömung aus der Mitte der Gesellschaft. Vorurteile, Ressenti-

ments und Fremdenfeindlichkeit sind dort tief verankert. Das liegt wohl in der Natur des Menschen und der Sache, dass da, wo es Probleme und Veränderungen gibt, immer nach Schuldigen gesucht wird. Hinzu kommt eine Ermüdung von Demokratie. Das spielt jenen in die Hände, die als Rattenfänger unterwegs sind und die Sorgen und Nöte der Menschen für ihre politischen Ziele missbrauchen.

Aber ist Ihre Arbeit gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Sie seit Jahrzehnten führen, damit nicht gescheitert?

Berben: Natürlich gab und gibt es immer wieder Zeiten, in denen ich mich frage, ob es etwas nutzt. Es ist ein Lernprozess, den auch ich machen musste: Die Fragen nach der eigenen Geschichte und den Lehren daraus ist keine Sache, die irgendwann am Ziel und erledigt ist. Es ist eine Thematik, mit der wir uns immer auseinandersetzen müssen. Und diesen Staffeltab muss man immer wieder an die nächsten Generationen weiterreichen. Das direkte Resultat ist selten zu sehen. Doch man darf sich davon nicht ermüden lassen.

Hat die nächste Generation überhaupt Interesse an dem Thema?

Berben: Ich mache Lesungen, gehe in Schulen, informiere über Israel, stelle mich Diskussionen. Und ich spüre schon, dass mit zeitlichem Abstand das Aufklären über Holocaust zum Beispiel mühsamer wird. Wichtig ist mir, Kinder und Jugendliche zu erwecken. Man muss immer wieder neue Zugänge finden, es ihnen nicht als Last erscheinen zu las-



GEGEN RASSISMUS und für die Aussöhnung mit Israel kämpft Schauspielerin Iris Berben. Dafür erhält sie einen Award. Foto: dpa

Berben: Natürlich bekomme ich Reaktionen von beiden Seiten. Wobei ich sagen muss, dass die Unterstützung weit aus größer ist als die Ablehnung. Und wenn sich jemanden in irgendeiner Weise gestört oder bevormundet fühlt, kann das für mich kein Kriterium sein. Das müssen die Leute aushalten. Dazu ist mir mein Alltag viel zu wichtig. Ich bin nicht 24 Stunden am Tag Schauspielerin, sondern ich bin Bürgerin dieses Landes. Wir leben als Prominente in einer Welt, in der wir uns nicht ausklinken können von dem, was um uns täglich herum geschieht. Man sollte Haltung zeigen und zu seinen Überzeugungen stehen.

Es gibt aber nicht viele Schauspieler, die sich derart offen engagieren. Wieso sind es so wenige?

Berben: Die Frage ist, ob man sich angreifbar machen möchte. Und das muss jeder mit sich selbst ausmachen. Ich kenne Kollegen die sagen, sie wollen mit nichts an die Öffentlichkeit gehen, um nicht angefeindet zu werden. Ich selbst habe das ganz pragmatisch genutzt.

Inwiefern?

Berben: Popularität hat auch eine Form von Kraft oder Macht, im besten Sinne. Macht, dass man wahrgenommen wird. Ich habe meine Tätigkeit die ersten zehn bis 15 Jahre auch sehr unbeachtet im kleinen Kreis gemacht. Freunde sagten mir, dass ich es lauter machen und meinen Namen benutzen sollte. Das öffnet Türen und Köpfe. Und diese Auszeichnung nun, der Radio Regenbogen Award, hilft, Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Dafür bin ich dankbar.

Zur Person

Iris Berben

Iris Berben (64) ist eine der bekanntesten deutschen Schauspielerinnen. Seit 1967 steht sie für Fernsehen und Kino vor der Kamera sowie auf der Theaterbühne. Sie ist Botschafterin der Aktion „Gesicht Zeigen!“ gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, engagiert sich seit mehr als zehn Jahren für die Hebräische Universität Jerusalem und ist zudem Botschafterin des Holocaust-Denkmal. Berben lebt in Berlin. ruf

Das Interview

Mit Ihrem gesellschaftspolitischen Engagement machen Sie sich als Prominente aber auch angreifbar. Wäre es nicht leichter, sich auf die Schauspielerei zu konzentrieren?